

Pressemeldung Vernetzungstreffen der südhessischen Anti-AKW-Inis 10.10.2013 in GG

Mit 17 Teilnehmern sehr gut besucht war am Donnerstag ein Vernetzungstreffen der Anti-Atom-Initiativen aus Südhessen und dem Rhein-Main-Gebiet im Kulturcafésaal in Groß-Gerau. Neben Delegierten aus Wiesbaden, Frankfurt, Darmstadt, Dreieich, Bensheim und Groß-Gerau nahm mit Carolin Franta auch eine Vertreterin der Hamburger Organisation „ausgestrahlt“ an der Besprechung teil. Sie wies unter anderem auf eine Großdemonstration am 30. November in Berlin sowie weitere Aktivitäten zur Information einer wie auch immer gearteten neuen Bundesregierung hin.

Bedauert wurde von den Anti-Atom-Aktivistinnen, dass Presse und Öffentlichkeit nach der Katastrophe von Fukushima wieder völlig zur Tagesordnung übergegangen seien. Schließlich seien neun Atomkraftwerke in Deutschland weiter am Netz und produzierten täglich Atommüll, für den es vermutlich niemals ein wirklich sicheres Endlager geben werde. Diese neun AKWs hätten Mängel und seien, gutachterlich und gerichtlich festgestellt, nicht gegen Flugzeugabstürze gewappnet. Die Bevölkerung lebe bis über das offizielle Abschaltdatum 2022 hinaus weiter in der Gefahr eines Supergaus mit unabsehbaren Folgen.

Erleichtert zeigte sich die Runde vom Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag. Die Politiker dieser Partei seien stets die größten Bremser der Energiewende gewesen. Wirtschaftsminister Rösler habe mit seinem einsamen Veto eine Reduzierung der CO²-Zertifikate auf europäischer Ebene verhindert. Deshalb blieben alte Braun- und Steinkohle-Kraftwerke weiter rentabel, verstopften die Stromnetze und bliesen ungeheure Mengen an Kohlendioxid in die Atmosphäre. Außerdem habe die FDP mit der großzügigen Befreiung von inzwischen 3.500 energieintensiven Unternehmen absichtlich die EEG-Umlage in die Höhe getrieben. Die Zeche zahlten der Mittelstand und die Privathaushalte mit rund drei Cent mehr je Kilowattstunde. Dabei könnten die Großunternehmen sich äußerst günstig an der Strombörse eindecken und zahlten inzwischen weniger für den Strom als vor fünf Jahren, erklärten Versammlungsteilnehmer.

Auch die nun anstehende Preiserhöhung um einen Cent komme nur zu 15 Prozent den Erneuerbaren Energien zugute. Der Rest errechne sich aus der Befreiung weiterer Großbetriebe, dem Rückgang des Börsenstrompreises und erhöhten Netzkosten.

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit, so Tagungsteilnehmer, sei die Solarenergie längst am Markt angekommen. 80 Prozent der Anlagen würden heute ohne Inanspruchnahme von Fördermitteln zum Eigenstromverbrauch errichtet. Die Einspeisevergütung habe die letzte Bundesregierung so weit gekürzt, dass sich keine positive Rendite mehr errechnen lasse.

Während neun Atomkraftwerke und unzählige Kohlekraftwerke weiterlaufen, stünden bundesweit mehr als 20 moderne Gaskraftwerke still. Diese neuen, umweltfreundlichen und sehr flexiblen Gaskraftwerke seien noch lange nicht abgeschrieben und würden daher betriebswirtschaftlich weniger Gewinn abwerfen als die alten Meiler. Hier müsse eine neue Bundesregierung dringend eingreifen. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen in Hessen und in Berlin sollten sich die Anti-Atom-Initiativen einschalten, war man sich einig. Man bereite sich vor, sowohl über die Abgeordneten in den Wahlkreisbüros als auch bei den Fraktionen vor Ort Einfluss zu nehmen und Flagge zu zeigen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war der sichere Rückbau des Atomkraftwerkes in Biblis. Zur Vorbereitung werde es ein Treffen mit der Bürgerinitiative aus Obrigheim am Neckar geben, wo das dortige AKW sich bereits im Abbau befindet. Das Atomgesetz, so ein Teilnehmer aus Bensheim, sehe nur ein einmaliges Anhörungsverfahren für den gesamten Rückbau vor. Man verlange aber eine dauerhafte Bürgerbeteiligung über einen Beirat, welcher auch wissenschaftlichen Sachverstand hinzuziehen könne. Der Abbau müsse in allen Phasen transparent und sicher sein. Die Genehmigungsbehörde, im Falle Biblis das Land Hessen, könne für eine intensivere Bürgerbeteiligung sorgen.